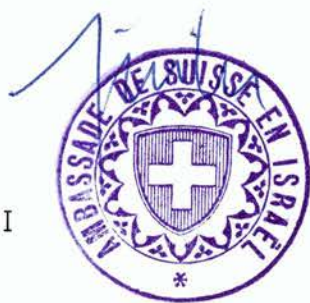


VERTRAULICH
360.0 ZI/HU/BI



Tel Aviv, den 21. Juni 1988

R.P. Nr. 9

Nach einem halben Jahr Intifada

I. Das Bild der Intifada

Am 9. Juni ist die Intifada (der Ausdruck stammt vom Verb nafada = schütteln, abschütteln) ein halbes Jahr alt geworden, und ein Ende ist, obwohl von offizieller israelischer Seite schon mehrmals vorausgesagt, noch keineswegs in Sicht.

Dass am 9. Dezember 1987 ein wahrer Volksaufstand in den besetzten Gebieten ausgebrochen ist, lässt sich schon an den Zahlen der palästinensischen Opfer ablesen, welche die israelischen Gegenmassnahmen bisher gefordert haben: 250 Tote, 1500-2000 Verwundete, 15000 Verhaftete, von denen 5000 immer noch arrestiert sind, davon 2500 in administrativer Haft, mehrere Deportierte, zahlreiche versiegelte und zerstörte Häuser. Es liegt auf der Hand, dass diese Opfer nicht ohne nachhaltigen Einfluss auf die Psyche der palästinensischen Bevölkerung, insbesondere der häufig betroffenen Kinder und Jugendlichen bleiben. Eine Rückkehr zu den Zuständen, wie sie vor dem 9. Dezember 1987 in den Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern bestanden haben, scheint völlig ausgeschlossen zu sein.

Die Intifada ist weiterhin am Leben, nur das Bild der Gewalt hat sich geändert. Die grossen Strassenschlachten und Massendemonstrationen haben kleineren, aber sehr gefährlichen Auseinandersetzungen Platz gemacht, die auf palästinensischer Seite von Einzelpersonen und kleinen Gruppen geführt werden. Als Kampfmittel werden dabei neben den Steinen immer mehr Brandbomben eingesetzt. Hingegen haben die Palästinenser bisher fast völlig auf den Gebrauch von Feuerwaffen verzichtet. Nur drei Einsätze sind bekannt, wobei einer jedoch im März zum Tod eines israelischen Soldaten in Betlehem geführt hat. Neben diesem Opfer sind auf israelischer Seite zwei Zivilpersonen im Zusammenhang mit der Intifada ungekommen, eine davon ist am 19. Juni auf israelischem Gebiet umgebracht worden.

Dieser letzte Fall scheint zwei Trends zu bestätigen, welchen die Intifada seit wenigen Wochen folgt. Der Aufstand wird erstens zunehmend gewalttätiger und zweitens über die grüne Linie hinweg auf israelisches Gebiet ausgedehnt. So sind grosse Flächen israelischen Feld und Waldes durch Brandstiftung zerstört worden. Damit haben Palästinenser aus den besetzten Gebieten, aber auch israelische Araber, den Anweisungen des Flugblattes Nr. 19 der "Vereinigten Führung des Aufstandes" Folge geleistet, welche zur Zerstörung der landwirtschaftlichen und industriellen Ressourcen Israels aufrufen. Ob mit zunehmender Gewalt die Gunst der Weltöffentlichkeit wieder aufs Spiel gesetzt wird, sei zumindest als Frage gestellt.

Parallel zur physischen Konfrontation entwickelt sich die Intifada immer mehr zu einer wirtschaftlichen und administrativen Auseinandersetzung. So zahlen etwa viele Palästinenser ihre Steuern nicht mehr. Die israelische

Militärregierung hat darauf mit der Anordnung reagiert, dass jeder, der eine der unzähligen Bewilligungen wie Führerausweis, Import- und Exportlizenz, Reisedokument etc. beantragt, den Nachweis bezahlter Steuern erbringen muss. Die Palästinenser versuchen auch Parallelorganisationen zur Militärverwaltung aufzubauen, um auf Gebieten wie medizinische Versorgung und Wohlfahrt unabhängiger zu werden. Dies erweist sich jedoch als äusserst schwierig, kontrolliert doch die Militärregierung die Geldflüsse in die besetzten Gebiete. Auch andere Formen des zivilen Ungehorsams sind nicht leicht durchzuführen. So haben etwa bei weitem nicht alle palästinensischen Angestellten der Militärverwaltung gekündigt, obwohl in den Flugblättern der "Vereinigten Führung des Aufstandes" in zunehmendem Mass Drohungen gegen diese "Kollaborateure" ausgesprochen werden. Wie die Ermordung eines palästinensischen Polizisten im März in Jericho sowie der Mordversuch am von Israel eingesetzten Bürgermeister von Al-Bireh vom 7. Juni zeigen, sind die Drohungen durchaus ernstzunehmen. Dass ihnen häufig trotzdem nicht Folge geleistet wird, kann nur mit der wirtschaftlichen Not der Angestellten erklärt werden, die auf den israelischen Lohn angewiesen sind. Die wirtschaftliche Abhängigkeit ist auch der Grund, warum weiterhin 140000 Palästinenser nach Israel zur Arbeit fahren. Den höchsten Preis zahlen die Ladenbesitzer, die ihre Geschäfte nur für drei Stunden pro Tag öffnen dürfen, während den häufigen Generalstreiks sogar die ganze Zeit geschlossen halten müssen. Viele von ihnen, vor allem die älteren, sind mit dieser Situation sehr unzufrieden, machen aber trotzdem weiter, teils aus Ueberzeugung, teils aus Angst vor ihren Mitbürgern. Die versprochenen Kompensationszahlungen aus den arabischen Ländern sind bis jetzt zum grossen Teil Lippenbekenntnisse geblieben oder haben zumindest ihre Adressaten nicht erreicht.

II. Die Wirkungen der Intifada

1. Unter den Palästinensern

Der vielleicht wichtigste Erfolg der Unruhen ist die Einsicht der Palästinenser in die Notwendigkeit, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, auf die eigenen Kräfte zu vertrauen und nicht auf die Hilfe von aussen (arabische Länder) zu hoffen. Mit dieser Erkenntnis ist eine starke Steigerung des Selbstwertgefühls der Bevölkerung der besetzten Gebiete einhergegangen.

Am 9. Dezember 1987 ist die Intifada als spontane Volksbewegung ausgebrochen. Mit der Zeit hat sich eine gewisse Führung herausgebildet, die unter dem Namen "Vereinigte Führung des Aufstandes" auftritt. Die Mitglieder dieser Leitung sind geheim, gehören jedoch nach gut unterrichteter Quelle den Fraktionen Fatah, Volksfront für die Befreiung Palästinas, Demokratische Front für die Befreiung Palästinas und Kommunisten an. Aufgrund der israelischen Verhaftungen findet ein ständiger Wechsel der beteiligten Personen statt. Die "Vereinigte Führung" versucht, den Aufstand vor allem mittels der auf arabisch erscheinenden Flugblätter zu leiten, deren Anordnungen von der Bevölkerung weitgehend befolgt werden. Daneben finden auch Weisungen der islamischen Fundamentalisten, des islamischen Jihad, Gehör, insbesondere im Gazastreifen.

Inzwischen vermag auch die PLO-Zentrale in Tunis, welche anfänglich von den Ereignissen völlig überrascht worden ist, gewissen Einfluss auf die Intifada zu nehmen. Während jedoch die Rolle der Zentrale, insbesondere von

Arafat, als Vertreterin aller Palästinenser auf internationaler Ebene in der Bevölkerung der besetzten Gebiete völlig unbestritten ist, ist diese kaum bereit, die Führung ihres Aufstandes ins Ausland abzutreten.

2. In Israel

Auch in Israel hat die Intifada ihre Spuren hinterlassen. Der Bevölkerung ist das Problem des besetzten Gebiete wieder voll ins Bewusstsein gerückt. Der Friedensprozess ist zum erstrangigen Wahlkampfthema der für anfangs November geplanten Knessetwahlen geworden. Zwar scheinen sich keine grossen Machtverschiebungen zwischen den beiden Blöcken Likud und Marach abzuzeichnen, doch ist innerhalb der Blöcke ganz klar eine Bewegung zu den Extremen festzustellen. Aus dieser Tendenz wachsen zum Teil neue Gruppierungen hervor, wie etwa der im letzten Monat gebildete "Rat für Frieden und Sicherheit", in welchem sich hochrangige Reserveoffiziere zusammengefunden haben, um die Idee eines territorialen Kompromisses unter dem Motto "Land für Frieden" zu fördern.

Für die Palästinenser ist im übrigen weder das Status-quo-Programm des Likud noch die vom Marach propagierte, teilweise Abtretung der besetzten Gebiete an Jordanien akzeptabel. Häufig ist sogar zu hören, dass ein Führer aus dem rechten Spektrum, wie ehemals Begin, noch am ehesten Bewegung in den politischen Prozess bringen könnte.

In einer schwierigen Lage befinden sich die 750000 israelischen Araber, hin- und hergerissen zwischen Solidarität zu Israel und zu ihren palästinensischen Brüdern und Schwestern in den besetzten Gebieten. Sicher hat die Intifada ihre "Palästinisierung", die schon seit einigen Jahren fortschreitet, entscheidend gefördert. Die Zersplitterung, welche die ganze palästinensische Bewegung kennzeichnet, trifft aber auch auf die israelischen Araber zu, die geeint ein Wahlpotential von 20 Knessetmitgliedern hätten und damit ein wesentliches politisches Gewicht in Israel darstellten.

3. In der arabischen Welt und auf internationaler Ebene

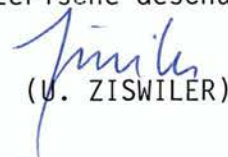
Auf internationaler Ebene hat die Intifada einiges ins Rollen gebracht. Das Palästinenserproblem ist wieder zu einem erstrangigen Gesprächsthema geworden. So etwa am vergangenen Gipfeltreffen Reagen-Gorbachev, an welchem der israelisch-palästinensische Konflikt, im Gegensatz zum vorherigen Supermächtetreffen Ende letzten Jahres, ausgiebig behandelt worden ist. Staatssekretär Shultz hat in diesem Jahr schon viermal die Region besucht, eine fünfte Nahostreise wird vor seinem Amtsende erwartet. Im Februar hat er einen nach ihm benannten Friedensplan vorgelegt, dem der Erfolg bis jetzt aber mangels Zustimmung der Parteien versagt geblieben ist und wohl auch in Zukunft versagt bleiben wird. Die Hoffnung vieler richtet sich nun auf ein gemeinsames Vorgehen der USA und der UdSSR, dessen Zustandekommen aber noch sehr ungewiss ist.

Auch in der arabischen Welt hat die Intifada grosse Wirkung erzielt. So haben sich die arabischen Staaten vom 7. bis 9. Juni in Algier zu einem ausserordentlichen Gipfeltreffen versammelt, welches ausschliesslich dem Aufstand in den besetzten Gebieten gewidmet gewesen ist. Dies, nachdem am vorhergehenden Treffen in Amman im November 1987 der Palästinakonflikt übergegangen worden ist, was massgeblich zum Ausbruch der Intifada

beigetragen hat. Die in Algier gefassten Beschlüsse lassen Arafat und die PLO eindeutig als Sieger hervorgehen, was von den Führern in den besetzten Gebieten lebhaft begrüsst wird. Ob die verabschiedeten Resolutionen jedoch einen Beitrag auf der Suche nach einer Friedenslösung leisten können, erscheint fraglich. Immerhin lässt ein am Gipfeltreffen herungereichtes PLO-Papier mit dem Titel "Prospects of a Palestinian-Israeli Settlement" konziliantere Töne als auch schon erkennen (vgl. Telex vom 20.6.88). In gewissen liberalen, israelischen Kreisen wird insgeheim bedauert, dass Arafat nicht im Februar / März, als die weltweite Sympathie für die Palästinenser einen Höhepunkt erreicht hat, einen entscheidenden Schritt auf Israel zu getan hat. Er hätte öffentlich die Aufhebung der Artikel der PLO-Charta, welche die Vernichtung von Israel fordern, erklären, Israel anerkennen und die sofortige direkte Gesprächsbereitschaft verkünden sollen. Dies hätte Shamir völlig an die Wand gespielt und ihn gezwungen, entweder Kompromissbereitschaft zu zeigen oder sich offen zur Grossisraelideologie, welche nach der Vermutung vieler dem wahren Gesicht des Premierministers entspricht, zu bekennen.

Wie dem auch sei, die Entwicklungen, welche die Intifada in den besetzten Gebieten, in Israel und auf der internationalen Ebene in Gang gesetzt hat, bedürfen noch der Umsetzung in konkrete politische Resultate. Angesichts der Ende des Jahres bevorstehenden Wahlen in Israel und den USA ist mit einer solchen Umsetzung in den kommenden Monaten allerdings nicht zu rechnen.

Der Schweizerische Geschäftsträger a.i.


(U. ZISWILER)

Kopie für:

- EDA:
- Sekretariat des Departementschefs
- Politische Direktion
- Politische Abteilung II
- Botschaften in Amman, Kairo, Damaskus, Beirut, Algier, Tunis, Washington, Rom (Col. Scherrer)